

Die moderne Stadt hat das Wachsen verlernt. Erweiterung kann heute offensichtlich nur noch in Katastrophenform organisiert werden: als Großmaßnahme, auf einen Schlag, auf homogenen Flächen und in einem von heute auf morgen vor sich gehenden Umschlagen der Situation von Null auf Hundert. Massenhafte Bauen, als kontinuierlicher, nicht zentral gesteuerter, zellulärer, dezentraler Vorgang, ist undenkbar geworden, eine Überforderung für alle Beteiligten.

Verwaltung, professionelle Stadtplanung, Bauwirtschaft, Nutzer, alle haben sich an die Einigung auf kleinstem Nenner gewöhnt, dem des Verzichts auf Stadt. Stattdessen erhält der Zahlungsfähige genau das, und nur das, was er im nacktesten Sinne zu brauchen glaubt: Verkaufs-, Wohn-, Büro-, Produktions- oder Lagerraum. Gleichzeitig wird unübersehbar, daß für den heutigen Typus kurzfristiger Kompensationspolitik – Grün statt Bauen, Tunnel statt politischer Verzicht auf mehr Verkehr, sozialstaatlich betonierte Quadratmetersätze pro Kind, Einwohner, Auto usw. – sehr bald die Flächen fehlen werden. Wir werden, weil weder die Einwanderer noch die ökologische Krise auf uns warten, neuartige Antworten finden müssen. Es gilt wieder wachsen zu lernen, ohne deshalb flächenmäßig noch weiter auszufern.

Ende der Großplanungen

Der Trend in den großen europäischen Ländern ist unübersehbar: die herrschende Form der Stadterweiterung der neunziger Jahre wird die sein, die wir aus den sechziger Jahren kennen. Die aktuelle Wohnungsnot führt zwar zu politischen Reaktionen, aber die plötzlich und immer zu spät zur Verfügung gestellten Mittel erlauben, wenn sie wahlentscheidend sein sollen, nur eine einzige Anwendung, die der Ausweisung großer Bauflächen zur Überbauung mit zentral geplanten Großsiedlungen für mindestens 10 000 Einwohner.

Großsiedlung, das bedeutet Fortsetzung der Entmischung der jeweiligen Städte. Je nach Finanzierungsmodell, werden bestimmte homogene Bevölkerungen ausgelagert, mit oder ohne die zugehörigen Dienstleistungen, jedenfalls aber als reine Wohnfunktion. Es gibt zwar inzwischen ausreichend Evidenz und Einsicht hinsichtlich der Bedenklichkeit monofunktionaler Großformen, aber es fehlt der politische Wille, sich mit den Schwierigkeiten zu befassen, die ein differenziertes Vorgehen mit sich bringt. Gegenwärtig werden, um sich den Problemen der Innenverdichtung nicht stellen zu müssen, die letzten kommunalen Flächenreserven (Stadtgüter, Rieselfelder, aufgelassene Militärstandorte und Flughäfen) mobilisiert. Schon von daher ist ein Erlahmen der neuen Großsiedlungswelle absehbar.

Neue Spielregeln

Am Versagen der modernen Form der Stadterweiterung ändert sich ohnehin nichts. Denn es bleibt die Ursache: die Unfähigkeit, mit der Komplexität von Wachstumssituationen umzugehen. Die öffentliche Planungsabsicht scheitert an ihrem Anteil an Staatssozialismus: sie ist nicht nur nicht imstande, das Projekt zu finanzieren, ihr fehlt vor allem jene differenzierte Kompetenz und Beweglichkeit, die der Einzelfall fordert und die nur die jeweils Interessierten beibringen können. Die private Planungstechnik, das Development, funktioniert wiederum nur, weil es alle die zahlungsschwachen Nutzungen ausgrenzt, mit denen die öffentliche Planung sich zwangsläufig befassen muß. Ihre Erfolge reichen, selbst wo sie nicht alsbald widerlegt werden, niemals zu einer Verallgemeinerung auf Gesamtstadtebene.

Um historistische Mißverständnisse auszuschließen, muß man sich zuvor über den Stand der Dinge einigen. Es gibt kein Zurück zum liberalen Städtebau des 19. Jahrhunderts mit seiner ideal gestreuten Bauherrenschaft und funktionalen Beweglichkeit. Die Trägerschicht dieses Städtebaus ist untergegangen, es haben sich die Bindungen zwischen Person und Grundeigentum gelockert, die Finanzierungschancen verschoben sich hoffnungslos zugunsten anonymer Kapitale. Gleichzeitig haben wir es mit anderen baurechtlichen und sozialen Standards zu tun, die ökologische Krise formuliert eine weitere Schicht gesetzlicher Reglementierungen hinsichtlich Flächenzugang und Verträglichkeit, die heutigen Planungsprozesse implizieren Einspruchsrechte der vorhandenen Bevölkerung, sobald man nicht auf der Wiese baut.

Man ist also gezwungen, auf ein neues Regelwerk zuzugehen, das annähernd so differenziert arbeitet, so viel Komplexität zuläßt, wie das in der vormodernen Stadt der Fall war. Es geht nicht um Deregulierung, sondern um das Versetzen der Regeln an einen anderen gesellschaftlichen Ort. Ein Mehr an Regulierung ist unvermeidlich, aber mit einem Weniger an Staat.

Dabei ist an Vertragsformen zu denken, die, erstens, das Verhältnis von öffentlich und privat neu bestimmen; und die, zweitens, die Balance von Rechten und Lasten neu aushandeln. Ein Mehr an gesellschaftlichem Eingriff bzw. die Aufladung der ökologischen Kosten auf die einzelnen Nutznießer ist zu kompensieren durch eine Verlagerung von Verantwortung und Entscheidungsmacht auf eine Mehrheit von Betroffenen. Gebraucht ist eine Ebene sozialer Zuständigkeit, die das neue Vertragsverhältnis in den Formen lokaler Demokratie abarbeitet.

Arbeitsplätze

Die Stadtplanung schafft keine Arbeitsplätze, sondern bestenfalls Strukturen, die das Entstehen von Arbeitsplätzen möglich machen. Wenn es mehr Arbeitssuchende als Arbeitsplätze gibt, oder wenn die Arbeitsplätze immer woanders sind als die Wohnungen,

dann liegt das nicht zuletzt an der Komplizität zwischen städtischer Planung und Interessen der großen Anleger und Großbetriebe. Beide interessieren sich nur für Großprojekte. Wünschenswert ist aber eine Feinstruktur, die eine mögliche Breite von Arbeitsplatztypen, also Betriebsgrößen, zulässt, in unterschiedlichen Beziehungen zu anderen Funktionen. Die entscheidende Frage ist also, wie man es tatsächlich zuwege bringt, erstens, daß überhaupt Arbeitsplätze, und insbesondere des produzierenden Gewerbes, in ein neues Stadtgebiet kommen, und zweitens, daß nicht nur Wohnen und Arbeiten, sondern auch unterschiedliche Typen von Arbeitsstätten am gleichen Ort zustandekommen, statt sich auszuschließen.

Zentraler Anstoß dafür ist die Bereitstellung von bezahlbaren Gewerbeflächen, in städtischer Umgebung. Vorhandene innerstädtische Räume saugen Aktivitäten an. Technisch ist wichtig, daß das Angebot proportional richtig ist (zu große Flächen kann ein kleiner Betrieb nicht bewältigen, zu kleine können ihn nicht anlocken). Dabei muß man vom produzierenden Gewerbe als Kern ausgehen – Wohnen, produktionsbezogene und lokale (Tagesbedarfs-) Dienstleistungen sind demgegenüber eher selbstverständlich und bei gutem Willen hinzuzuordnen. Die erste Planungsaufgabe ist deshalb, so genau wie möglich das Gewünschte planerisch zu beschreiben.

Neben der Paßgenauigkeit der Fläche (gleich Parzelle) ist das vor allem eine Frage der zugrundezulegenden Typologie. Von historischen Vorurteilen hinsichtlich der Unvereinbarkeit von produzierendem Gewerbe und Wohnen darf man sich schon gar nicht schrecken lassen, sondern wird davon ausgehen, daß typologische Handgriffe, soziale Vereinbarungen und heutige technische Mittel es erlauben sollten, jede gewünschte Nähe herzustellen. Wie die Anordnung erfolgt, ist damit nicht festgelegt. Es ist allemal besser, die Nutzungen Wand an Wand nebeneinander zu ordnen als übereinander. Während in früheren Jahrhunderten das Wohnen an die Straße gehörte, die Industrie hinten versteckt wurde, lassen Logistik und Straßenlärm für beide Teile heute eher das umgekehrte angezeigt sein.

Der feste Sitz im städtischen Zusammenhang – die städtische Adresse – nützt allen. Denn alle, wie immer sie den konkreten Stadtort nutzen mögen, profitieren von einem produktiven Milieu der Mischung, wo wechselseitige Hilfe, Lernen, Anregung, Konkurrenz eine Fülle synergetischer Effekte freisetzen. Wohnen und spezifische Dienstleistungen sind Teil eines solchen Milieus, müssen also als Standortbedingungen im parzellären Ansatz immer mitgedacht werden. Die ökologischen (verkehrlichen und zeitlichen) Konsequenzen einer solchen räumlichen Verdichtung liegen auf der Hand.

Mischung

Dekretieren kann man Mischung nicht, dazu fehlen dem Planer bislang allein schon die rechtlichen Handhaben. Die Handhaben, die man hat, produzieren eher das Gegenteil. Es geht um eine Umwandlung des Ordnungscharakters der heutigen stadtplanerischen Werkzeuge in eine Überzeugungsform, eine sich selbst erklärende Evidenz der Sache. Was so nicht zu greifen ist, der unvermeidliche autoritäre Rest, muß unter den unterschiedlichen Betroffenen verhandelbar gemacht werden, so daß sich vorgegebene Forderungen im Effekt als Forderungen der beteiligten Interessen einander darstellen.

Andererseits kann man das erreichte Regulierungsniveau nicht einfach verlassen, ohne in englische Zustände abzutauchen. Die gesellschaftlichen Ansprüche, die wir inzwischen gegenüber dem 19. Jahrhundert erworben haben, können keinesfalls unkritisch übernommen werden. Wohl aber müssen wir das erreichte Maß an gesellschaftlicher Mitsprache festhalten und sogar noch erweitern – als konkretes Fachwerk des Möglichen, als Angebot.

Die gesellschaftlichen, stadtpolitischen Verordnungen treten dann nicht mehr in naiver Form auf, als Verbot und Dekretierung überholter bürgerlicher Vorstellungen vom geregelten Leben, sondern wieder – d. h.: wie vor dem Durchbruch der Moderne, doch auf vollständig abstrahierter Ebene – als in der Stadtstruktur, in der Vielzahl und Verschiedenheit der Formen, dargestelltes Bild der Komplexität des Lebens. Diese abstrakte Bildlichkeit ist nicht zufällig eine Ebene, die in allen gesellschaftlichen Bereichen die funktional zerlegten Prozeßsteuerungen (den Taylorismus und Fordismus) ablöst, nur daß in der heute gängigen Planungspraxis diese Stelle falsch besetzt wird, mit den unverbindlichen Bildern urbaner Ausstattung, wie sie jedes Architekturbüro in Windeseile für jeden Zweck zu schneiden weiß. Richtig besetzt ist die Stelle, wenn nicht Stadtmöblierung geliefert wird, sondern erst einmal das Funktionsbild.

Parzelle

Das übliche Gegenargument gegen die Parzelle als Grundeinheit von Planung und Bauen ist so einfach wie irreführend: mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Konzentration wüchsen entsprechend auch die Gebäudegrößen. Dieses Argument kommt nicht gerade aus der Steinzeit, aber aus dem mechanistischen Denken, es ist Teil der untergehenden fordistischen Moderne.

Das Argument hinkt: es setzt einen linearen Fortschritt voraus – das Wachstum geht immer weiter – und es setzt eine notwendige Übereinstimmung zwischen Organisationsgröße und Gebäudegröße voraus. Die Frage der einzelnen Grundstückgröße scheint eben nur deshalb so überzeugend, weil nach wie vor in einer Entwicklungslogik gedacht wird, die in den letzten 100 Jahren Ökonomisierung des Bauens, Modernisierung der Typologien, An-

wachsen der Unternehmensgröße und Vergrößerung der bebauten Fläche mechanisch verknüpfte.

Diese Gleichung hat ihre Gültigkeitsgrenzen. Sie ist für die Betriebsorganisation im Zeitalter elektronischer Medien überholt, sie ist typologisch unfruchtbar und bauökonomisch nicht zwingend. Die Dinge können also wieder auseinandergenommen werden.

Die Parzelle ist nichts anderes als der Grundbaustein der Stadt. Dieser Grundbaustein stellt die kleinste Funktionseinheit dar – solange sie mit einem bestimmten Potential autonomer Entscheidungen ausgestattet ist. Denkt man hierarchisch, in Formen der Lenkung großer Massen von oben nach unten, ist die Parzelle, wenn schon längst kein Hindernis mehr, dann eine Lappalie. Sobald man auf die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Kosten solcher Organisationsformen aufmerksam wird, ist eine Einrichtung, die viel Steuerung auf unterster Ebene zulässt, von vitalem Interesse.

Dabei ist die einzelne Parzelle von vornherein Teil eines seriellen Zusammenhangs, z.B. eines Blocks (der seinerseits wieder auf die Serie der Blöcke verweist, die das Stadtgebiet ausmachen). Sie ist damit gerade nicht das Gefängnis der ihr jeweils zugedachten Nutzung – Länge mal Breite, und nichts darüber hinaus –, sondern eine mögliche Ortsanweisung, die sich auf den Austausch und ihre eigene Austauschbarkeit mit den anderen Segmenten eines Blockes abstützt.

Die Parzelle ist die Schlüsselgröße schlechthin, weil sie genau das Gewünschte leistet: die Abbildung öffentlicher Ziele in der Form privater Interessen. Das öffentliche Interesse tritt als Spielregel auf, wie innerhalb der kleinsten politischen Einheit der Stadt die eigenen Ziele zu verfolgen sind. Die Spielregel ist nicht in Versuchung, Bilder vorzuschreiben, sie kann naturgemäß nur Verhalten regeln.

Herwig Haase, Senator für Verkehr und Betriebe

Zukunftsentwicklung der Stadt

Utopie einer lebenswerten, humanen Stadt

Moloch Großstadt. Smogschwaden ziehen durch dunkle Gassen. Hochhäuser ragen in den Himmel. Überlaufende, brennende Müllboxen stehen am Straßenrand. Dunkle Gestalten schießen sich auf hochgetunten Motorbikes durch das Dunkel. Raub und Vergewaltigung ist an der Tagesordnung. Es gilt das Recht des Stärkeren. Die öffentliche Gewalt hat versagt.

U-Bahnen, in denen selbsternannte Rächer gegen brutale Jugendgangs antröten. Eine Jugend ohne Zukunft, gezüchtet in menschenfeindlichen Betonburgen. Die Wohnung als Festung – die Straße als Asphalttschungel. So zeichnen zahllose Science-Fiction-Filme und Romane die Zukunft der großen Städte. Brutal. Gemein. Häßlich. Unlebensraum Stadt. Eine Schreckensvision. Nur eine Vision?

Lesen wir Berichte aus den USA, so mag in einem das Gefühl aufkommen, daß diese Vision längst Wirklichkeit ist. Sehen wir Bilder aus den Slums der Großstädte der Dritten Welt, scheint uns der unbezwingbare Moloch Großstadt Realität.

Neben dieser scheinbaren Realität auch dieses: Die Nobelviertel der Reichen. Abgeschildert gegen die Wirklichkeit des Asphalttschungels. Gesichert durch privat angeheuerte Sheriffs. Und keine Berührungspunkte zwischen der Realität der Reichen und der Realität der Armen. Unvermeidbare Vision Großstadt?

Vision ist mögliche Realität. Ein visionärer Weg, der in eine mögliche Zukunft weist. Aber auch nur eine mögliche Realität. Eine mögliche Zukunft. Aufgabe der Politik ist es, einen anderen Weg zu weisen. Eine andere mögliche Zukunft zu beschreiben und auf diese Realität hinzuwirken. Gelingt ihr dieses nicht, hat sie versagt. Vor sich selbst, vor der Zukunft, vor der Gesellschaft.

Wenn Fotografie die Gegenwart zeigt, ist dieses Bestandsaufnahme, Kritik und Vision zugleich. Die Fotografie zeigt, was ist. Sie kann dieses nüchtern tun – scheinbar objektiv. Sie kann dieses selektiv tun, überzeichnend. Und damit Visionen andeuten, die scheinbar schon Realität sind.

Die Politik kann daraus lernen. Sie kann die Fotografie als Chance begreifen, ihr zu zeigen, wo eine nicht gewünschte Vision bereits Wirklichkeit zu werden droht. Und sie kann umgekehrt sehen, wo Wirklichkeit des Schutzes und der Unterstützung bedarf, um die andere Vision, die wir als lebenswert erachten, Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Unregierbarkeit der großen Städte. Mit diesem Schlagwort machte ein Politiker Karriere, der heute einer der großen Bundestagsfraktionen vorsitzt. Eine düstere Bestandsaufnahme.

Berlin setzt dagegen. Wir sprechen nicht von der Unregierbarkeit – und auch nicht von der Regierbarkeit. Wir setzen auf das Machbare. Verknüpfen es mit dem Wünschbaren. Erfassen das Denkbare.